02/2024

urban forum

Die Zeitschrift für den Lebensraum Stadt.

Für ein demokratisches Europa der Regionen!

EU-Donauraumstrategie S 4
Gastkommentar von Stefan August Lütgenau

Europa und die Wurzeln der Demokratie S 5
Kommentar von Thomas Weninger

Europa hat gewählt S 6
Kommentar von Laszlo Flamm

urban forum
Egon Matzner-Institut für Stadtforschung

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Dr. Bernhard Müller
ist Generalsekretär von Urban Forum

Urban Forum, vor über zehn Jahren als überparteiliche NPO gegründet, ist seit fast ebenso langer Zeit als Stadtforschungsinstitut tätig und betreibt seit 2018 auch einen kommunalwissenschaftlichen Verlag. Ein Jahr länger gibt es „Urban Forum. Die Zeitschrift für den Lebensraum Stadt". In all den Jahren haben wir – so denke ich – bewiesen, dass es uns um Sachpolitik für den Lebensraum der Zukunft, die Städte, geht. Neben der nationalen Dimension spielt für uns auch die europäische eine erhebliche Rolle, wenn es darum geht, Urbanisierungsprozesse zu beobachten, zu analysieren und auch mitzugestalten. Die Leser:innen dieser Zeitschrift haben mit Sicherheit bei den Wahlen zum Europäischen Parlament unterschiedliche Parteien gewählt – und das ist gut so. Wir benötigen eine pluralistische und wehrhafte europäische Demokratie, in der gemeinsam progressive Wege gefunden und tragbare zukunftsfähige Kompromisse geschlossen werden. Vor einigen Jahren hat die Europäische Union erkannt, dass sie eine Urban Agenda braucht. Dies war ein maßgeblicher Schritt zur Verdeutlichung, wie wichtig die Städte für unseren Kontinent sind, wenn es um ein besseres Leben für alle Menschen geht. Doch damit ist noch nicht genug erreicht. Aus Sicht unseres Instituts müssten die europäischen Regionen viel mehr gestärkt werden, „In Regionen denken" war und ist ein Leitmotto von Urban Forum. „Europa ist ein Europa der Regionen" sagte 2019 der damalige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, und exakt gleich formulierte es seine Nachfolgerin Ursula von der Leyen 2023 in ihrer „Rede zur Lage der Union". Auch wir wollen ein demokratisches Europa der Regionen, aus diesem Grund trägt die vorliegende Ausgabe diesen Schwerpunkt.

Wir wünschen Ihnen einen angenehmen und erholsamen Sommer!

BUCHTIPP Die Welt von Morgen

„Meine Vision von einem künftigen, vereinten Europa ist die einer europäischen Republik, deren Verwaltungseinheiten die Regionen sind. Ich kann Heimat haben, ohne Nationalist zu sein. Ich empfinde Wien und Niederösterreich als Heimat. Das ist keine nationale Identität. Heimat ist wo man Emotionen hat und schneller wütend wird. Heimat ist Kultur, Mentalität, da ist einem alles vertrauter. Davon leite ich aber keine nationale Identität ab."[1]

Robert Menasse

Autor: Robert Menasse

ISBN: 978-3-518-43165-8
Erschienen 2024, 192 Seiten

1 *https://oe1.orf.at/programm/20240623/760737/Der-ueberzeugte-Europaeer-Robert-Menasse-wird-70*

Impressum: Urban Forum | Egon Matzner-Institut für Stadtforschung
Chefredaktion: Dr. Bernhard Müller | Tel.: +43/2622 21132 |
Fax.: +43/2622 21388 | E-Mail: office@urbanforum.at | www.urbanforum.at
Neunkirchner Straße 15/7, 2700 Wiener Neustadt | ZVR-Zahl: 169347700
Foto Titelseite: © Adobe Stock

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in der Zeitschrift auf eine geschlechtsneutrale Formulierung, wie z.B. BürgerInnen, EinwohnerInnen, WissenschaftlerInnen etc. verzichtet. Selbstverständlich richten sich alle Formulierungen gleichermaßen an beide Geschlechter.

Für eine lebendige Lesekultur
Warum Bücher günstiger werden müssen!

Der österreichische Buchhandel steht vor enormen Herausforderungen. Die Kosten für Transport, Versand, Energie und Personal sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Diese höheren Ausgaben belasten die Buchhandlungen erheblich und führen leider dazu, dass immer mehr von ihnen schließen müssen. Eine Senkung der Mehrwertsteuer auf sieben Prozent könnte eine spürbare finanzielle Entlastung bringen und den Fortbestand vieler Buchhandlungen sichern. Der österreichische Buchhandel spielt eine zentrale Rolle in unserer kulturellen Landschaft. Er bietet Zugang zu Literatur sowie zu Wissen und Bildung. Buchhandlungen sind Orte des Austauschs und der Inspiration. Ihre Existenz ist entscheidend für eine vielfältige und lebendige Lesekultur. Das Lesen eines Buches fördert das Wissen und die Vorstellungskraft und stärkt zusätzlich die Konzentrationsfähigkeit sowie das analytische Denken. Es erweitert den Wortschatz, verbessert die Sprachkompetenz und bietet eine wertvolle Möglichkeit zur Entspannung sowie Stressreduktion. Darüber hinaus trägt das Lesen von Büchern zur emotionalen Intelligenz bei.

Die Fakten

Österreich ist bei der Umsatzsteuer auf Bücher ein Hochsteuerland, was der Branche einen erheblichen Wettbewerbsnachteil verschafft. Hinzu kommt: Die Buchpreisentwicklung und die Umsätze sind nicht berauschend. Obwohl die Buchpreisbindung unterstützend wirkt, reicht sie nicht mehr aus, um die Branche zu stabilisieren. Die Zahlen zeigen, dass der Buchhandel immer schneller schrumpft. Zudem ist es schwieriger geworden, eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger zu finden. Der Onlinehandel trägt zusätzlich zur mageren Rentabilität bei, da die hohen Versand- und Logistikkosten im Vergleich zum Warenwert von Büchern unverhältnismäßig sind. Langfristig bedroht dies nicht nur die Branche, sondern zudem Bildung und Demokratie, da Bücher für beide von zentraler Bedeutung sind.
Mehrwertsteuer senken

Angesichts der hohen Preise in Österreich bestellen viele Verbraucherinnen und Verbraucher zunehmend in Deutschland. Hier sind Bücher aufgrund niedrigerer Steuern günstiger. Dieser Trend schadet nicht nur dem heimischen Buchhandel, sondern der Bildung im Land. Eine Senkung der Mehrwertsteuer von derzeit zehn auf sieben Prozent und somit eine Angleichung auf das niedrigere deutsche Steuerniveau wäre eine gute Umsetzung. Zahlreiche Beispiele aus dem europäischen Ausland zeigen, wie erfolgreich eine Reduktion der Mehrwertsteuer auf Bücher sein kann. Im internationalen Vergleich gibt es sogar viele Länder, in denen der Lesestoff von der Mehrwertsteuer komplett befreit oder deutlich geringer besteuert ist. Was sich zeigt: Die Auswahl an Literatur fehlt immer mehr, da eine hohe Mehrwertsteuer auf Bücher zu höheren Verkaufspreisen führt, was sich wiederum negativ auf die Nachfrage auswirkt. Das drückt sich vor allem in einer geringeren Spezialisierung von Buchhandlungen aus.

Mein Appell

An Bildung darf nicht gespart werden! Bücher sind ein essenzielles Gut für die geistige Entwicklung und Weiterbildung unserer Jugend. Eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Bücher würde nicht nur den heimischen Buchhandel stärken, sondern zudem den Zugang zu Wissen für alle Altersgruppen erleichtern. Fördern wir die Bildung und unterstützen wir unsere Jugend und die Gesellschaft, indem wir Literatur erschwinglicher machen und die Vielfalt der Bücher erhalten – ob durch E-Book-Reader, Bücherschränke, Book on Demand oder das gedruckte Buch. Jeder Weg ist gut, um den Zugang zu Wissen und Bildung zu erleichtern.

© zVg

KommR^in Irene Alexowsky
Obfrau Buch- und Medienwirtschaft –
Wirtschaftskammer NÖ

© Bigstock

Lokale Demokratie zwischen EU-Beitritt und dem russischen Krieg: Ukraine, Zivilgesellschaft und die EU-Strategie für den Donauraum

Demokratie und Krieg

Demokratie und der Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine stehen in mehrfachem Zusammenhang. Die beeindruckende demokratische Entwicklung, die die Ukraine nach 2014 genommen hat, ist einer von mehreren Gründen, die Putin und sein Regime bewogen, die Ukraine am 24. Februar 2022 zu überfallen. Eine demokratische Ukraine entzieht sich mehr und mehr dem Einfluss und der Kontrolle Russlands. Eine demokratische Ukraine ist das Gegenbild zum Putinismus als System der Gewaltherrschaft in Russland. Eine demokratische Ukraine als Mitglied der EU wäre die weitgehende Zementierung dieses Kontrollverlustes für Putins System. Gleichzeitig fordert der Krieg die junge, sich entwickelnde Demokratie in der Ukraine heraus. Insbesondere das Kriegsrecht und die damit verbundene Zentralisierung der Macht, die reduzierte Transparenz, sowie die verminderte politische Debatte widerstreitender Positionen und Zielsetzungen sind eine schwere Bürde für die demokratische Ukraine. Dies hat durchaus das Potenzial, zentrale demokratische Errungenschaften zu entwerten bzw. das Rad der demokratischen Entwicklung zurückzudrehen. Zudem sind die alten Gespenster der postsowjetischen Ukraine der Entsolidarisierung und der omnipräsenten Korruption weiterhin eine Bedrohung. Das Faktum, dass seit dem Februar 2022 große Summen in die Ukraine fließen und kriegsbedingt oft rasch Entscheidungen von großer Tragweite getroffen werden müssen, erhöhen das ohnehin vorhandene Risikopotenzial. Wir hören vermehrt Klagen, nicht nur über vermeintliche Fehlentscheidungen oder einander widersprechende und konterkarierende Entscheidungen, sondern über Rechtsbrüche und deutliche Verformungen des Rechtsstaates.

© zVg

Mag. Stefan August Lütgenau
Direktor Foster Europe, Foundation for strong European Regions, Präsident des Danube Civil Society Forum der EUSDR

Besondere Herausforderungen

In dieser Zeit steht die Ukraine vor mehrfachen Herausforderungen, die jede für sich ein geradezu pharaonisches Werk darstellen. Einige davon sind

- Abwehr der russischen Aggression und Zerstörung des Landes;
- Aufrechterhaltung der Infrastruktur, des Staates und seiner Finanzen und des sozialen Zusammenhalts;
- die Transformation von einem postsowjetischen System in Wirtschaft, Infrastruktur und Planung;
- die Transformation hin zu EU-Standards und Systemen;
- die massive ökologische Bedrohung durch den Krieg und seine direkten sowie indirekten Folgen;
- und gleichzeitig die Weiterentwicklung, Verbreiterung und Qualitätssteigerung des demokratischen Systems bis hin zum aquis coummunautaire und darüber hinaus.

Unter diesen Bedingungen erwächst der lokalen und regionalen Ebene eine besondere Bedeutung. Im engeren sozialen Geflecht von Gemeinde, Stadt und Region ist der Austausch mit den Bürger:innen und der Zivilgesellschaft, die soziale Kontrolle der politischen und ökonomischen Eliten einfacher. Zudem sind Partizipation und demokratische Teilhabe schneller und unvermittelter erlebbar.

EU-Strategie für den Donauraum

Die EU-Strategie für den Donauraum, EUSDR, ist in erster Linie ein Instrument der Kohäsionspolitik. Durch das besondere, offene Konzept der Strategie bietet sie gleichzeitig die Möglichkeit, die Beitrittsprozesse der teilnehmenden Nicht-EU-Staaten (Ukraine, Moldau, Serbien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina) zu begleiten und Verwaltung sowie Zivilgesellschaft in den Beitrittsstaaten auf die EU-Mitgliedschaft vorzubereiten. Finaler Adressat der Strategie sind die substaatlichen Körperschaften. In der Ukraine sind das zunächst die vier an der Strategie teilnehmenden Oblaste, sowie ihre Städte und Gemeinden, allen voran Odessa. Allerdings ist die EUSDR nur ein kleiner von mehreren Playern im Beitrittsprozess der Ukraine. Hier sind u.a. die DG NEAR mit der Verantwortung für die Erweiterungspolitik und im Zusammenwirken mit der EU der Europarat zu nennen[1]. Zudem übt die Strategie lediglich Soft Power in Form von Rat, Netzwerken und Kooperationen aus. Dies ist weniger einschränkend als kennzeichnend und unterschiedet die Strategie etwa von den Aufgaben und Möglichkeiten in der DG NEAR. Damit hat die Strategie jedoch die besondere Möglichkeit, die unterschiedlichen Ebenen in der Multi-level governance der EU und der Ukraine, sowie die unterschiedlichen Akteure von Politik, über Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft zusammenzuführen.

Zivilgesellschaft in UA und EU

In diesem Prozess kommt der Zivilgesellschaft hier und in der Ukraine besondere Bedeutung zu. Es hat sich erwiesen, dass die ukrainische Zivilgesellschaft in weiten Bereichen der transnationalen und grenzüberschreitenden Kooperation, der Raumplanung und Entwicklung einen deutlichen Kompetenzvorsprung vor den staatlichen Stellen hat. Zudem ist die Zivilgesellschaft wesentlich besser international und europäisch vernetzt, als es eine durchschnittliche Gemeinde in der Westukraine sein kann. Damit ist die strukturelle Einbindung von Zivilgesellschaft in die Meinungsbildung und die Entscheidungsprozesse auf regionaler und kommunaler Ebene, sowie in den Planungen der EUSDR ein entscheidender Erfolgsfaktor. Zudem kann die zivilgesellschaftliche Teilhabe die Auswirkungen der Transparenz- und Demokratielücke unter den Kriegsbedingungen mildern. Dazu braucht die ukrainische Zivilgesellschaft u.a. jedoch belastbare Partnerschaften mit NGOs innerhalb der EU, es braucht die europäischen Netzwerke von Städten und Kommunen als Ansprechpartner für ihre ukrainischen Vis à vis sowie die Verbindlichkeit der staatlichen europäischen Akteure und der EU, gegenüber der Ukraine diese partizipativen Prozesse einzufordern und zu fördern.

Die jüngsten Beratungen der EU-Strategie für den Donauraum unter österreichischer Präsidentschaft, der 12th Danube Participation Day und das 13th Annual Forum im Juni in Wien haben hier gute Akzente gesetzt. Derzeit haben alle Seiten in der EU und der Ukraine die Bereitschaft erklärt, die Möglichkeiten der Strategie zur Festigung und Entwicklung von Demokratie auf lokaler und regionaler Ebene gemeinschaftlich zu nutzen.

1 European Neighbourhood Policy and Enlargement Negotiations (DG NEAR).

Demokratie ist in den Dörfern, auf den Marktplätzen Europas entstanden[8]

© Adobe Stock

Demokratie braucht Pluralismus und Pluralismus lebt in den Städten. Sie drücken unter anderem Urbanität, Zusammenleben und soziale Teilhabe aus[1]. Die Leistungen der Daseinsvorsorge stehen dabei im Mittelpunkt und sind das Rückgrat jeder Stadt[2] und Gemeinde – ohne Daseinsvorsorge sind die Städte nichts. Die Städte und Gemeinden mit ihren vielfältigen und umfassenden Leistungen der Daseinsvorsorge 24 Stunden, sieben Tage die Woche, bilden die Grundfeste der Demokratie, das Fundament. Es muss solide, fest und resilient sein.

Nur auf diesem kommunalen Fundament kann die Republik Österreich als Demokratie bestehen.[3] Und so passiert es in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die ein gemeinsames Europa bilden. Städte sind dabei der Ausgangspunkt. Deshalb hat der Österreichische Städtebund auch ein eigenes Büro in der ständigen Vertretung Österreichs in Brüssel und entsendet Repräsentant:innen in den Ausschuss der Regionen (AdR) und den Kongress der Gemeinden und Regionen beim Europarat (KGRE). Zudem ist der Städtebund Mitglied des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und des globalen Dachverbands der Kommunalverbände und Städte (United Cities and Local Governments). Europas Demokratie ist also in den Städten entstanden. Städte sind nicht nur – wie bereits erwähnt – der Ausgangspunkt der Demokratie, sondern auch regionale Wirtschaftsmotoren. Sie kurbeln mit ihren Leistungen der Daseinsvorsorge die Wirtschaft an und sorgen so für ein möglichst gutes Leben ihrer Bewohner:innen und der Umgebung.

Zurück zur Demokratie: Demokratie ist mehr als nur eine Staatsform. Eine starke Demokratie muss vor Ort, in den Städten und Gemeinden, im Alltag verankert sein und gelebt werden und[4] – sie muss gerade jetzt – wehrhaft sein, Desinformation und Fake News Einhalt gebieten und autoritäre Tendenzen abwehren. Dazu braucht es auch ein Grundvertrauen in die Demokratie, denn sie erfüllt mit Unterstützung der Bürger:innen all ihre Aufgaben. So sagte Noam Chomsky in einem Interview: *„As far as the government is concerned, we're seeing something pretty interesting. Parliamentary Democracy has been around for 350 years, starting in England 1689 with the so-called Glorious Revolution, when sovereignty was transferred from the royalty to the parliament. The beginnings of parliamentary democracy in the United States (came) about a century later. Parliamentary democracy is not just based on laws and constitutions. In fact, the British constitution is maybe a dozen words. It's based on trust and good faith, the assumption that people will act like human beings."*[5]

Und frei nach Michael Häupl, dem langjähren Städtebund-Präsidenten, braucht es gerade in unsicheren Zeiten, ja in der Zeitenwende, glaubwürdige politische Antworten[6] und Vertrauen sowie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Gerechtigkeit.[7]

Österreichischer Städtebund

© Markus Wache

Dr. Thomas Weninger, MLS
Generalsekretär Österreichischer Städtebund

1 Beitrag Städtebund-Generalsekretär Dr. Thomas Weninger, MLS in der Festschrift für Dr. Heinrich Neisser, 2020
2 Rede Städtebund-Generalsekretär Dr. Thomas Weninger, MLS am 72. Österreichischen Städtetag in Bad Ischl
3 Rede Städtebund-Generalsekretär Dr. Thomas Weninger, MLS am 71. Österreichischen Städtetag in Villach
4 Rede Städtebund-Generalsekretär Dr. Thomas Weninger, MLS am 71. Österreichischen Städtetag in Villach
5 Interview mit Noam Chomsky; „Trump´s inaction on Climate Change makes him „the worst criminal in history, undeniably"; Jacobin Magazine, 6/2020
6 Der langjährige Bürgermeister und Präsident des Österreichischen Städtebunde Michael Häupl formulierte/forderte inseiner Rede beim Städtetag 2015 in Wien: „Es bedarf einer Repolitisierung der Politik".
7 Beitrag Städtebund-Generalsekretär Dr. Thomas Weninger, MLS in der Festschrift für Dr. Heinrich Neisser, 2020
8 Beitrag Städtebund-Generalsekretär Dr. Thomas Weninger, MLS in der Festschrift für Dr. Heinrich Neisser, 2020

Europa hat gewählt

Mehr als die Hälfte der europäischen Bürgerinnen und Bürger ging zur Wahl und sendete eine klare Botschaft: Sie wollen ein starkes Europa und die Fortsetzung der Zusammenarbeit der proeuropäischen Kräfte im Europäischen Parlament (EP).

Alle Augen sind jetzt auf das EP gerichtet, wo eine dauerhafte Pro-EU-Koalition ein realistisches Szenario ist. Die Europäische Volkspartei, die Liberalen und die Sozialisten können eine Mehrheit bilden, obwohl die extreme Rechte in ganz Europa an Stärke gewinnt. Die Volkspartei wurde erneut die größte Partei im EP und in der aktuellen Situation ist ihre politische Verantwortung für die Zukunft Europas enorm. Daher kann sie keinen prinzipienlosen Kompromiss mit den rechtsradikalen Kräften eingehen, da dieser Schritt das europäische Projekt gefährden und die Entscheidung der Wählermehrheit missachten würde. Ein weiterer Eckpfeiler für die Fortführung des europäischen Projekts ist das französisch-deutsche Tandem. Das deutsch-französische Verhältnis soll auch in Zukunft von Kontinuität geprägt sein. Daher werden das Ergebnis und die Auswirkungen der vorgezogenen Wahlen in Frankreich Ende Juni von entscheidender Bedeutung sein.

© Bigstock

Die Europawahl hat stattgefunden, aber wir freuen uns erneut auf eine spannende Zeit. Über die neue Zusammensetzung des EP soll entschieden werden, was mehrere Monate dauern kann. Andererseits soll das neue Parlament der Wahl der – ebenfalls neuen – Mitglieder der Europäischen Kommission zustimmen, und dieser Schritt wird voraussichtlich im Herbst dieses Jahres erfolgen. Gleichzeitig wird auch der Präsident des Europäischen Rates – des wichtigsten politischen Entscheidungsgremiums der EU – gewählt.

Dank EU-engagierter Wählerinnen und Wähler hat Europa eine weitere Chance erhalten, um zu beweisen, dass die Probleme in dieser Krisenzeit nur durch gemeinsames europäisches Handeln bewältigt werden können. Und ihr Wille muss bei der Wahl der Spitzenpolitiker:innen der EU-Institutionen berücksichtigt werden. Die Zusammenarbeit zwischen den sich zur europäischen Demokratie bekennenden politischen Parteien im EP soll sich auch in der Wahl von Personen manifestieren, die die Grundwerte der EU voll anerkennen und diese in ihren europäischen Führungspositionen durchsetzen. Das Motto der scheidenden EU-Führungskräfte lautet: „No one is left behind", dass bei den großen ökologischen Übergängen niemand zurückgelassen wird, und dies dazu beiträgt, die Armut zu lindern und eine inklusive und nachhaltige Entwicklung in ganz Europa zu unterstützen. Die zukünftigen EU-Entscheidungsträger:innen sollen gewährleisten, dass die bereits eingeleiteten EU-politischen Maßnahmen mit diesem Ziel bestehen bleiben und nicht ins Leere laufen.

Inmitten der aktuellen großen Herausforderungen hat die Europawahl einen faszinierenden Trend offenbart, der den Glauben an Europa dauerhaft stärken kann. Junge Menschen stimmten in Westeuropa in großer Zahl für die Parteien, die sich für die „Vereinigten Staaten von Europa" einsetzten. Die Jugend wurde durch das alte Konzept des Föderalismus mobilisiert, welches viele traditionelle Parteien, insbesondere die Extremisten, vehement ablehnen. Es erfüllt viele mit der Hoffnung, dass die Idee des Föderalismus bei den jüngeren Generationen in ganz Europa an Stärke gewinnen wird und, dass die Extremisten, die die EU zerstören wollen, spektakulär an Gewicht verlieren werden.

Die Aufgabe der neuen politischen Entscheidungsträger:innen der EU wird es sein, ein starkes, demokratisches und sozial gerechtes Europa zu schaffen und die nächsten Generationen in diese Arbeit einzubeziehen. Deshalb ist es auch wichtig, dass das EP der Konferenz zur Zukunft der EU Auftrieb gibt, denn dieses Projekt ist in der letzten Zeit offensichtlich in den Hintergrund gedrängt worden. Die Jugend ist die Zukunft Europas. Daher sollen Anstrengungen unternommen werden, um andere Initiativen auf EU-Ebene auszubauen, die eine stärkere Einbindung junger Menschen in die politische Entscheidungsfindung der Europäischen Union ermöglichen.

© zVg

Dr. László Flamm
Historiker
Mitglied des Kuratoriums von Urban Forum

Der neue Bachelor Professional Gemeinderecht und Gemeindemanagement ist eine Antwort auf Fachkräftemangel in Gemeinden und Gemeindebetrieben

In Österreich gibt es erstmals eine universitäre Ausbildung mit dem Schwerpunkt Gemeinderecht. Sie ist auch für Gemeindeunternehmungen – seien sie ausgegliedert oder nicht – interessant, da viele Elemente mit Relevanz für das Management in Gemeinden und Gemeindebetrieben enthalten sind. Vorbehaltlich der internen Genehmigung bietet die Sigmund Freud Privatuniversität (SFU) den innovativen Universitätslehrgang „Bachelor Professional Gemeinderecht und Gemeindemanagement“ ab Oktober 2024 an. Dieser Studiengang wird mit dem akademischen Grad „Bachelor Professional“ abgeschlossen und ist eine Antwort auf den wachsenden Bedarf an qualifizierten Fach- und Führungskräften, der durch den bevorstehenden Ruhestand der Babyboomer-Generation entsteht. Wie viele Unternehmen, so stehen auch Städte, Gemeinden und kommunale Einrichtungen im Wettbewerb um talentierte Arbeitskräfte und erkennen zunehmend das Potenzial ihrer eigenen Mitarbeiter:innen. Diesen gilt es Aufstiegsmöglichkeiten zu eröffnen. Sie benötigen nur eine passende akademische Weiterbildung, um in Führungspositionen aufzusteigen und komplexe rechtliche Herausforderungen zu meistern. Eine allgemeine Hochschulreife ist für den Bachelor Professional Gemeinderecht und Gemeindemanagement keine Zulassungsvoraussetzung. Wie in der Privatwirtschaft können auch Gemeinden und Gemeindebetriebe durch eine (Teil-)Übernahme der Studiengebühren diese fachkundigen Arbeitnehmer:innen langfristig an sich binden und so die Qualität der Gemeindeverwaltung sichern.

Der Bachelor Professional wurde von erfahrenen Praktiker:innen und führenden Rechtswissenschaftler:innen entwickelt. Er bietet Mitarbeiter:innen von Gemeinden und kommunalen Einrichtungen eine fundierte Ausbildung, die ihre beruflichen Perspektiven verbessert und einen Aufstieg ermöglicht. Unterstützt wird der Bachelor Professional vom Städtebund und vom Gemeindebund. Der Studiengang wird in Kooperation mit dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung durchgeführt. Das KDZ verfügt über umfassende Expertise in den für Gemeinden relevanten Bereichen und ist ein renommierter Anbieter von Beratung und Weiterbildung für Städte und Gemeinden. Dies stellt sicher, dass die Lehrinhalte praxisnah und relevant sind.

© Bigstock

Das Curriculum umfasst nicht nur für die Tätigkeit der Gemeinden relevante Rechtsgebiete, sondern auch betriebswirtschaftliche Grundlagen und Soft Skills, welche für die Konfliktlösung und Teamführung unerlässlich sind. Der Studiengang ist berufsbegleitend konzipiert. Durch Online-Lehrveranstaltungen in den frühen Abendstunden sowie teils am Wochenende und gelegentlichen Präsenztagen in Wien ist sichergestellt, dass Studierende ihre Karriere und die Weiterbildung bestmöglich miteinander vereinbaren können. Dieses in Österreich einzigartige Studienangebot folgt dem Trend zur Akademisierung und spiegelt die Entwicklungen in Deutschland wider, wo ähnliche Studiengänge bereits etabliert sind. Es bietet eine hervorragende Gelegenheit für engagierte Mitarbeiter:innen im kommunalen Sektor, sich weiterzubilden und für Gemeinden und Gemeindebetriebe, ihre Mitarbeiter:innen langfristig an ihren Arbeitgeber zu binden.

Interessierte sollten die Chance nicht verpassen, sich für einen der begehrten Studienplätze zu bewerben und so ihre berufliche Zukunft aktiv zu gestalten.

© zVg

Univ.-Prof.in Dr.in Teresa Weber, MSc
Studiengangsleitung

© Freisinger

Dr. Wolfgang Domian
Koordinator

Mit dem Flughafen Wien stressfrei abheben.

Die besten Services
für Ihre entspannte Reise:

Services jetzt online buchen ab € 11,–

Lounges
Die Zeit vor dem Abflug genießen und entspannt abheben.

Begleit-Service
Auf dem schnellsten Weg durch den Flughafen, begleitet von Ihrem persönlichen Betreuer.

FastTrack
Weniger Wartezeit durch den extra Zugang zum Security Check.

Gepäck-Service
Unbeschwert Abfliegen oder Ankommen: Wir kümmern uns um Ihr Gepäck.

vie-shop.viennaairport.com

VIE Vienna Airport